

Dr. Paul Craig Roberts (Paul Craig Roberts war stellvertretender Finanzminister in der Regierung Reagan.)

"Noch niemals hat es in der Welt solche Schurkenstaaten wie Washington und Israel gegeben. Beide Länder sind bereit, alles und jeden mit Gewalt aus dem Weg zu räumen."

Ein Beitrag von Dr. Paul Craig Roberts zum Memorial Day, dem Gedenktag zu Ehren der im Krieg für Amerika Gefallenen, der alljährlich am letzten Montag im Mai abgehalten wird

Quelle: [www.antikrieg.com](http://www.antikrieg.com)

Am Memorial Day gedenken wir unserer im Krieg Gefallenen. Aber ähnlich wie der Unabhängigkeitstag am 4. Juli wird auch der Memorial Day immer mehr zu einem »Kriegsfeiertag« umgemünzt. Diejenigen, die Familienangehörige und enge Freunde im Krieg verloren haben, wollen nicht, dass diese Menschen umsonst gestorben sind. Aus diesem Grunde werden Kriege oft zu ruhmreichen Taten verklärt, die von edlen Soldaten für Wahrheit, Gerechtigkeit und die amerikanische Lebensweise geführt wurden. In patriotischen Reden wird uns gesagt, wie viel wir denjenigen schulden, die ihre Leben dafür gaben, damit Amerika seine Freiheit bewahrt. Diese Reden sind zwar von guten Absichten getragen, aber sie lassen einen falschen Eindruck entstehen, der dazu führt, dass immer mehr Kriege unterstützt werden. Keiner der Kriege Amerikas hatte etwas damit zu tun, Amerika seine Freiheit zu bewahren – im Gegenteil, diese Kriege nahmen uns unsere Bürgerrechte und machten uns unfrei.

Präsident Lincoln erließ ein Präsidialdekret, das die Verhaftung und Inhaftierung von Zeitungsreportern und -herausgebern des Nordens erlaubte. Er ließ 300 Zeitungen des Nordens schließen und 14 000 politische Gefangene einsperren. So wurde auf Anweisung Lincolns der Kriegskritiker und Abgeordnete Clement Vallandigham aus Ohio verhaftet und in die konföderierten Staaten ausgewiesen. Präsident Woodrow Wilson benutzte den Ersten Weltkrieg dazu, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, und Präsident Franklin Roosevelt ließ im Zweiten Weltkrieg 120 000 amerikanische Staatsbürger japanischer Herkunft allein aus dem Grunde internieren, dass ihre rassische Zugehörigkeit ihm verdächtig erschien. Professor Samuel Walker kam zu dem Schluss, dass Präsident George W. Bush seinen »Krieg gegen den Terror« als Vorwand für einen breitangelegten Angriff auf die allgemeinen Bürgerrechte benutzte. Damit wurde das Bush-Regime zur größten Bedrohung, der sich die Freiheit Amerikas jemals gegenüber sah.

Lincoln nahm den Bundesstaaten endgültig wichtige staatliche Rechte, aber die Aufhebung des Habeas-Corpus-Prinzips, das den Schutz vor willkürlicher Inhaftierung festlegt, und des Rechts auf freie Meinungsäußerung, die mit den drei größten Kriegen einherging, wurde am jeweiligen Kriegsende wieder rückgängig gemacht. Demgegenüber hielt der Nachfolger von Präsident Bush, Barack Obama, an der Aushebelung der Verfassung durch seinen Vorgänger fest, und mithilfe von Entscheidungen des Kongresses und weiterer Präsidialverfügungen wurde sie gültiges amerikanisches Recht. Unsere Soldaten, die im »Krieg gegen den Terror« starben, starben nicht in Verteidigung unserer Freiheit, sie starben im Gegenteil, damit der Präsident amerikanische Bürger weiterhin ohne rechtsstaatliches Verfahren unbegrenzt festhalten und amerikanische Bürger allein aufgrund eines Verdachts ermorden lassen kann, ohne in irgendeiner Weise für diesen Verfassungsbruch oder in anderer Hinsicht rechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Es drängt sich der unvermeidliche Schluss auf, dass die Kriege Amerikas unsere Freiheit nicht bewahrten, sondern vielmehr zerstörten. Alexander Solschenizyn erklärte einmal: »Ein Kriegszustand dient nur als Vorwand für Tyrannei im eigenen Land.«

Die Abspaltung des Südens im 19. Jahrhundert bedrohte vielleicht das Empire Washingtons, aber nicht das amerikanische Volk. Weder die Deutschen des Ersten Weltkriegs noch die Deutschen und Japaner während des Zweiten Weltkriegs stellten eine Bedrohung für die USA dar. Historiker haben eindeutig belegt, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg nicht begonnen hat und diesen Krieg auch nicht führte, um das Deutsche Reich in territorialer Hinsicht auszudehnen. Japans Ambitionen richteten sich auf Asien. Hitler wollte keinen Krieg mit Großbritannien und Frankreich. Seine territorialen Bestrebungen sollten im Wesentlichen die deutschen Reichsteile ins Reich zurückführen, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg entgegen der Zusicherung Präsident Wilsons verloren hatte. Alle anderen deutschen Bestrebungen richteten sich gegen den Osten. Keines dieser beiden Länder hatte geplant, in die USA einzumarschieren. Der Angriff der Japaner auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor sollte dazu dienen, ein Hindernis für die japanischen Aktivitäten in Asien aus dem Weg zu räumen, aber keineswegs dazu, eine Invasion Amerikas einzuleiten.

Auch die Länder, die von Bush und Obama im 21. Jahrhundert heimgesucht wurden – der Irak, Afghanistan, Libyen, Somalia, Syrien, Pakistan und der Jemen – , stellten in keiner Hinsicht eine Bedrohung der USA dar. Diese Kriege dienten einer tyrannischen Regierung dazu, die Grundlagen des Stasi-Staates zu errichten, der jetzt in den USA existiert.

Diese Wahrheit ist schwer zu ertragen, aber die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Die Kriege Amerikas wurden geführt, um die Macht Washingtons, den Profit der Banker und der Rüstungsindustrie und die Vermögen amerikanischer Firmen zu steigern.

Marine-Corps-General Smedley Butler sagte einmal: »Ich habe in allen Dienstgraden vom Unterleutnant bis zum Generalmajor gedient. Während dieser Zeit diente ich überwiegend den Großkonzernen, der Wall Street und den Banken als hochwertiges Muskelpaket. Ich war mit

anderen Worten ein Schläger für den Kapitalismus.«

Es ist in gewisser Weise mehr oder weniger unmöglich, der Kriegstoten zu gedenken, ohne sie zu verherrlichen, und es ist gleichermaßen unmöglich, sie zu ehren, ohne gleichzeitig auch ihre Kriege zu ehren.

In den ganzen bisherigen Jahren des 21. Jahrhunderts befanden sich die USA im Krieg, aber dieser Krieg richtete sich nicht gegen Massenarmeen oder Bedrohungen der amerikanischen Freiheit. Es handelte sich vielmehr um Kriege gegen Frauen, Kinder und Dorfälteste und gegen unsere eigene Freiheit. Eliten mit einem starken Eigeninteresse an diesen Kriegen erklären uns, diese Kriege müssten noch weitere 20 bis 30 Jahre weitergehen, bis die »terroristische Gefahr« endgültig besiegt sei.

Das ist natürlich reiner Unsinn. Eine terroristische Gefahr entstand erst dann, als die USA »erfolgreich« damit begannen, Terroristen durch Militärangriffe, die mit Lügen gerechtfertigt wurden und sich gegen die muslimische Bevölkerung richteten, hervorzubringen. Washington war mit seinen Kriegslügen so erfolgreich, dass seine Unverfrorenheit und Selbstüberschätzung das eigene Urteilsvermögen massiv geschädigt hat.

Mit dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung in der Ukraine hat Washington die Vereinigten Staaten auf einen Konfrontationskurs mit Russland gebracht. Dieser Konfrontationskurs könnte zu einem bösen Ende führen – für Washington und vielleicht für die gesamte Welt.

Wenn schon Gaddafi und der syrische Machthaber Assad sich nicht Washington beugen, wie kann Washington dann davon ausgehen, dass Russland dies tun würde? Russland ist nicht Libyen oder Syrien. Washington verhält sich wie der Raufbold, der gerade ein Kindergartenkind verprügelt hat und nun glaubt, es auch mit dem Linebacker, einem Offensivverteidiger beim amerikanischen Football, aus der Oberstufe aufnehmen zu können.

Die Regierungen unter Bush und Obama haben mit ihren unablässigen Lügen und ihrem gewaltsamen Vorgehen gegen andere Menschen und Völker das Ansehen Amerikas zerstört. Die Welt sieht Washington gegenwärtig als die größte Bedrohung.

Umfragen aus aller Welt belegen immer wieder, dass die Menschen weltweit die USA und Israel als die beiden Länder einstufen, die die größte Gefahr für den Frieden darstellen. Die Länder, wie der Iran und Nordkorea, die die Propaganda Washingtons zu »Schurkenstaaten« und der »Achse des Bösen« erklärte, werden von den Menschen weltweit bei Umfragen als weit weniger gefährlich eingestuft. Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Weltöffentlichkeit der eigennützigen Propaganda Washingtons nicht glaubt. Sie sieht eher die USA und Israel als »Schurkenstaaten« an.

Die USA und Israel sind die einzigen Länder weltweit, die in ihrer Ideologie völlig gefangen sind. Die Vereinigten Staaten sind in der neokonservativen Ideologie gefangen, nach der die USA unter allen Ländern der Welt eine »qualitative Sonderstellung« (»American Exceptionalism«) einnehmen, »unverzichtbar« und von der Weltgeschichte ausersehen seien, über die ganze Welt zu herrschen. Diese Ideologie wird von den politischen Doktrinen von Brzeziński und Wolfowitz untermauert, die die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik bilden.

Die israelische Regierung ihrerseits ist in der zionistischen Ideologie gefangen, die von einem »Großisrael« träumt, das sich vom Nil bis an den Euphrat erstreckt. Viele Israelis lehnen diese Ideologie ab, aber es ist die Denkweise der »Siedler« und derjenigen, die die israelische Regierung kontrollieren.

Ideologien liefern wichtige Gründe für Kriege. So spiegelt etwa die neokonservative Ideologie der amerikanischen Überlegenheit die Auffassung Hitlers von der deutschen Überlegenheit wider, und in der zionistischen Auffassung, dass Israelis den Palästinensern überlegen seien, finden sich Ansätze der kommunistischen Ideologie wieder, nach der die Arbeiterklasse der Klasse der Kapitalisten überlegen sei. Zionisten haben noch nie etwas von »illegalen Siedlungen« gehört und behaupten, dass die gegenwärtigen Einwanderer nach Palästina – eigentlich handelt es sich um Invasoren – ein Recht auf das Land hätten, in dem seit Tausenden von Jahren andere Menschen gelebt haben.

Die Überzeugungen Washingtons und Israels, anderen Menschen und Völkern überlegen zu sein, gefällt diesen »anderen« nicht. Als Obama in einer Rede erklärte, die Amerikaner nähmen

eine Sonderstellung unter den Völkern ein, reagierte der russische Präsident Putin mit der Bemerkung: »Gott hat uns alle gleich geschaffen.«

Zum Schaden ihrer eigenen Bevölkerung hat sich die israelische Regierung zahllose Feinde gemacht. Israel ist in der Welt praktisch isoliert. Die Existenz Israels hängt im Wesentlichen von der Bereitschaft und Fähigkeit Washingtons ab, Israel zu schützen. Dies bedeutet, dass die israelische Macht und Einflussmöglichkeit direkt von der amerikanischen Macht abhängen.

Washingtons Machtstellung ist eine andere Geschichte. Als die einzige noch funktionierende Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der amerikanische Dollar zur Weltreservewährung. Diese Rolle des Dollar hat Washington die finanzielle Vorherrschaft über die Welt, die wesentliche Machtquelle Washingtons, in die Hände gespielt. Wenn andere Länder an Stärke und Einfluss zunehmen, gerät die Vorherrschaft Washingtons ins Wanken.

Um andere Länder daran zu hindern, zu einer Gefahr für die Vormachtstellung Washingtons zu werden, setzte Washington die Doktrin von Brzeziński und Wolfowitz durch. Die Brzeziński-Doktrin besagt im Kern, um die einzige Supermacht zu bleiben, müsse Washington die eurasische Landmasse kontrollieren. Dabei ist Brzeziński durchaus willens, dies mit friedlichen Mitteln zu Wege zu bringen, indem man sozusagen die russische Regierung [als Juniorpartner] in das Empire Washingtons »eingliedert«. Aus Sicht Brzezińskis wäre ein Russland als lockere Föderation, ein dezentralisiertes Russland also, weniger für imperialistische Ambitionen anfällig. Russland sollte mit anderen Worten in eine Vereinigung halbautonomer Staaten zerschlagen werden, deren führende Politiker [und Eliten] man dann leicht mit Washingtons Geld gefügig machen könnte.

Brzeziński schlug eine »Geostrategie für Eurasien vor«. Nach seiner Vorstellung sind China und ein »konföderiertes Russland« als Teil eines »transkontinentalen Sicherheitsrahmens« zu sehen, der von Washington kontrolliert und gesteuert würde, um auf diese Weise die Rolle der USA als einziger Supermacht weltweit auf lange Sicht zu festigen.

Ich habe Brzeziński einmal gefragt, wenn doch dann jeder mit uns verbündet sei, vor wem müssten wir uns dann eigentlich noch schützen? Diese Frage überraschte ihn, weil er meiner Ansicht nach trotz des Untergangs der Sowjetunion immer noch in den strategischen Denkkategorien des Kalten Krieges gefangen ist. In der Denkweise des Kalten Krieges war es wichtig, immer die Oberhand zu behalten, weil man sonst riskierte, als Akteur ausgeschaltet zu werden. Die Vorherrschaft zu besitzen wurde zum alles bestimmenden Bestreben. Sich gegenüber allen anderen durchzusetzen und immer die Oberhand zu haben ist die einzige Außenpolitik, die Washington vertraut ist.

Diese Mentalität, die nur in Kategorien der Vorherrschaft denkt, führt immer dann zu Kriegen, wenn eine Macht der Ansicht ist, sie sei allen anderen überlegen. Durch die Wolfowitz-Doktrin wurde der Weg zum Krieg noch verstärkt. Paul Wolfowitz, der neokonservative Vordenker, der die amerikanische Militär- und Außenpolitik prägte, schrieb unter anderem:

»Es ist unser vorrangiges Ziel, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen, entweder auf dem Territorium der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Art darstellt, wie es zuvor die frühere Sowjetunion getan hat, zu verhindern. Diese übergeordnete Überlegung liegt allen neuen regionalen Verteidigungsstrategien zugrunde und macht es notwendig, uns

verstärkt darum zu bemühen, eine feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter einer gefestigten Kontrolle ausreichen würden, eine Weltmacht hervorzubringen.«

Nach der Wolfowitz-Doktrin gilt für die USA jedes andere Land »als Bedrohung und als feindliche Macht«, ungeachtet dessen, in welchem Maße dieses Land bereit ist, mit den USA zum gegenseitigen Nutzen zusammenzuarbeiten.

Aber es gibt einen Unterschied zwischen Brzeziński und den Neokonservativen: Brzeziński will Russland und China, wenn auch nur aus diplomatischen Gründen, dafür gewinnen, sich zwar als Juniorpartner, aber doch als wichtige Elemente, deren Stimme gehört werden würde, in das amerikanische Empire integrieren zu lassen. Demgegenüber sind die Neokonservativen eher bereit, sich allein auf militärische Macht und Unterwanderung der jeweiligen Länder über von den USA finanzierte Nichtregierungsorganisationen und sogar Terrorgruppen zu stützen.

Weder den USA noch Israel ist es peinlich, dass ihr weltweites Ansehen so sehr gelitten hat und beide Länder als größte Bedrohung des Weltfriedens betrachtet werden. Eigentlich sind beide Länder sogar stolz auf diese Tatsache. Die Außenpolitik beider Länder verzichtet auf jede Diplomatie. Die amerikanische und israelische Außenpolitik stützt sich allein auf Gewalt. Washington macht anderen Ländern klar: Entweder handelten sie so, wie Washington es wolle, oder sie würden »zurück in die Steinzeit gebombt«. Und Israel erklärt alle Palästinenser, einschließlich der Frauen und Kinder, pauschal zu »Terroristen« und erschießt sie ungerührt in den Straßen, um dann später zu behaupten, Israel schütze sich dadurch nur selbst vor Terroristen. Israel, das die staatliche Existenz Palästinas nicht anerkennt, versucht seine Verbrechen mit der Behauptung zu vertuschen, die Palästinenser hätten die Existenz Israels nicht anerkannt. – »Wir brauchen keine stinkende Diplomatie – wir haben die Macht.«

Genau diese Einstellung führt mit Sicherheit zum Krieg, und so wollen die USA auch die Welt erobern. Der britische Premierminister, die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident sind dabei Washingtons Steigbügelhalter. Sie liefern Washington die moralische Rechtfertigung für seine Politik. Und so begeht Washington keine Kriegsverbrechen, sondern seine »Koalition der Willigen« und die militärischen Invasionen bringen vielmehr widersetzlichen Ländern »Demokratie und Frauenrechte«.

China erhält die gleiche Behandlung. Obwohl China, was seine Bevölkerung angeht, viermal so groß ist wie Amerika und gemessen an der Bevölkerung anteilmäßig weniger Gefangene als die USA aufweist, wird es von Washington immer wieder als »autoritärer Staat« kritisiert. China werden Menschenrechtsverstöße vorgeworfen, während die amerikanische Polizei auf brutalste Weise gegen die eigene Bevölkerung vorgeht.

Das Problem aber, das die gesamte Menschheit betrifft, hängt damit zusammen, dass Russland und China eben nicht Libyen und der Irak sind. Beide Länder verfügen über strategische Nuklearwaffen. Ihre Landmassen sind wesentlich größer als die der Vereinigten Staaten. Und wenn die USA schon nicht in der Lage waren, erfolgreich Bagdad oder Afghanistan zu besetzen, geschweige denn zu kontrollieren, besteht wohl kaum die Aussicht, sich in einem konventionell geführten Krieg gegenüber Russland und China durchsetzen zu können. Um zu gewinnen, muss Washington also einen Nuklearkrieg führen. Aber kann man etwas anderes von einer Regierung erwarten, die jegliche Moral aufgegeben hat?

Noch niemals hat es in der Welt solche Schurkenstaaten wie Washington und Israel gegeben.

Beide Länder sind bereit, alles und jeden mit Gewalt aus dem Weg zu räumen. Nehmen wir als Beispiel nur die Krise und die sich daraus ergebenden Gefahren, die Washington in der Ukraine losgetreten hat. Am 23. Mai 2014 sprach der russische Präsident Wladimir Putin vor dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, einem dreitägigen Treffen von Delegationen aus 62 Ländern und den Vorstandschefs von 146 der größten westlichen Unternehmen.

In Sankt Petersburg sprach Putin nicht von den dort verbindlich abgeschlossenen Handelsvereinbarungen in Milliardenhöhe. Stattdessen sprach Putin von der Krise, die Washington Russland aufgezwungen hat, und er kritisierte Europa dafür, sich wie ein Vasall Washingtons zu verhalten und die Propaganda Washingtons gegenüber Russland und die Einmischung in vitale russische Interessen zu unterstützen.

Putin bediente sich zwar einer diplomatischen Wortwahl, aber die Botschaft an die einflussreichen wirtschaftlichen Interessenvertreter der USA und Europas war deutlich: Wenn Washington und die europäischen Regierungen damit fortfahren, Russlands Sorgen und Interessen zu ignorieren, und sich weiterhin so verhalten, als könnten sie sich in vitale russische Interessen einmischen, als gäbe es Russland nicht, wird dies zu massivem Ärger führen.

Die Konzernchefs werden diese Botschaft zurück nach Washington und in die europäischen Hauptstädte tragen. Putin hat keinen Zweifel daran gelassen, dass der Verzicht auf einen Dialog mit Russland den Westen zu dem Fehler verleiten könnte, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und Raketenbasen an der ukrainischen Grenze zu Russland zu stationieren. Putin musste zur Kenntnis nehmen, dass sich Russland nicht auf den guten Willen des Westens verlassen kann, und hat daher, knapp unterhalb der Schwelle einer Drohung, deutlich

gemacht, dass für Russland westliche Militärstützpunkte in der Ukraine inakzeptabel sind.

Washington wird fortfahren, Russland zu ignorieren. Aber die europäischen Regierungen werden sich entscheiden müssen, ob sie sich von Washington in einen Konflikt mit Russland hineinziehen lassen, der sich gegen europäische Interessen richtet. Putin fordert die europäischen Politiker letztlich damit auf, sich darüber klar zu werden, ob Europa intelligent und unabhängig genug ist, sich dieser Politik Washingtons zu widersetzen und sich Russland wieder anzunähern.

Sollte Washington in seiner überbordenden Arroganz und Selbstüberschätzung Putin dazu zwingen, den Westen abzuschreiben, wird die im Aufbau begriffene russisch-chinesische strategische Allianz, die als Gegengewicht zur feindseligen Politik Washingtons gedacht ist, beide Länder mit Militärstützpunkten einzukreisen, dazu übergehen, die Vorbereitungen für einen scheinbar unvermeidlichen Krieg zu verstärken.

Die Überlebenden eines solchen Krieges, wenn sie denn gibt, können sich bei den Neokonservativen, der Wolfowitz-Doktrin und der Strategie Brzezińskis für die Zerstörung des Lebens auf der Erde bedanken.

Die amerikanische Öffentlichkeit besteht zu einem großen Teil aus un- und falschinformierten Menschen, die allerdings überzeugt sind, sie wüssten alles. Diese Menschen wurden von der amerikanischen und israelischen Propaganda dazu gebracht, den Islam mit einer politischen Ideologie gleichzusetzen. Sie sind überzeugt, dass es sich beim Islam, der vorrangig eine Religion ist, um eine militaristische Ideologie handle, die den Untergang der westlichen Zivilisation oder besser, der Überreste dieser westlichen Zivilisation, anstrebe.

Viele halten an dieser Propaganda trotz überzeugender Beweise dafür fest, dass sich Sunniten und Schiiten gegenseitig weitaus mehr als ihre westlichen Unterdrücker und Besatzer hassen. Die USA haben den Irak offiziell verlassen, aber das Blutvergießen dort ist heute ebenso groß oder sogar noch größer als während der Zeit der amerikanischen Invasion und Besetzung. Die tägliche Zahl der Todesopfer des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten ist außerordentlich hoch. Eine Religion, die innerlich so zerstritten ist, stellt keine Gefahr für andere dar, es sei denn, es handle sich dabei selbst um Islamisten. Washington ist es erfolgreich gelungen, die Uneinigkeit der Islamisten auszunutzen, um Gaddafi zu stürzen, und es ist gegenwärtig dabei, sich erneut dieser Uneinigkeit unter den Islamisten zu bedienen, um die syrische Regierung zu stürzen. Die Islamisten sind nicht einmal in der Lage, sich zu vereinigen, um sich selbst gegen westliche Aggressionen zu verteidigen. Es besteht daher keinerlei Gefahr, dass sich die Islamisten vereinigen könnten, um den Untergang des Westens herbeizuführen.

Aber selbst wenn der Islam dazu in der Lage wäre, wäre eine Zerstörung des Westens für ihn sinnlos. Der Westen hat sich bereits selbst zerstört. In den USA wurde die Verfassung von den Regierungen Bush und Obama so lange außer Kraft gesetzt und gebrochen, bis nun nichts mehr von ihr übrig ist. Und da die USA als Staatswesen von ihrer Verfassung abhängen, gibt es das, was einmal die Vereinigten Staaten von Amerika waren, nicht mehr. Und etwas ganz anderes hat seinen Platz eingenommen.

Europas Untergang begann mit der Europäischen Union, die die Abschaffung der Souveränität aller ihrer Mitgliedsstaaten voraussetzt. Einige wenige, niemandem verantwortliche und demokratisch nicht legitimierte Bürokraten in Brüssel wurden mächtiger als der erklärte Wille der französischen, deutschen, britischen, italienischen, niederländischen, spanischen, griechischen und portugiesischen Bevölkerungen.

Die westliche Zivilisation ist weitgehend ausgehöhlt; es gibt sie zwar noch, aber es ist kein wirkliches Leben mehr in ihr. Wenn sich die Menschen im Westen ihre Regierungen anschauen, sehen sie dort eigentlich nur noch ihnen feindlich gesonnene Kräfte. Warum sonst sollte Washington die lokalen Polizeikräfte militarisieren und sie so aufrüsten, als handele es sich um Besatzungsarmeen? Warum sonst haben das Heimatschutzministerium, das Landwirtschaftsministerium und selbst die amerikanische Bundespost und die Sozialversicherungsbehörden Milliarden Schuss an Munition und sogar Maschinenpistolen gekauft? Und wofür sollen diese vom Steuerzahler bezahlten Waffenarsenale eingesetzt werden, wenn nicht zur Unterdrückung der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger?

Der bekannte Trendforscher und Prognostiker Gerald Celente schrieb in der neuesten Ausgabe seines Trends Journal, überall auf der Welt komme es zu Aufständen. In ganz Europa demonstrieren verärgerte, verzweifelte und wütende Menschen gegen die Finanzpolitik der Europäischen Union, die diese Menschen in die Armut und Perspektivlosigkeit treibt. Trotz aller Bemühungen Washingtons, mithilfe seiner finanzstarken »fünften Kolonnen«, die auch als »Nichtregierungsorganisationen« bekannt sind, Russland und China zu destabilisieren, genießen die russische und die chinesische Regierung weitaus mehr Unterstützung in ihrer eigenen Bevölkerung als Amerika und Europa. Im 20. Jahrhundert haben Russland und China erfahren müssen, was Tyrannei ist, und sie lehnen sie ab.

In Amerika hat sich die Tyrannei unter dem Deckmantel des »Krieges gegen den Terror« ausgebreitet. Diese Lüge und dieser Betrug wurden aufgetischt, um eine vertrauensselige Bevölkerung dazu zu bringen, ihre Bürgerrechte aufzugeben, und auf diese Weise Washington von jeglicher Verpflichtung gegenüber dem Gesetz freizusprechen und zu ermöglichen, einen militaristischen Polizeistaat zu errichten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat Washington seine Vormachtstellung im Bereich der Weltfinanzen und die »sowjetische Gefahr«, die jetzt in eine »russische Gefahr« umgemünzt wurde, dazu benutzt, Europa in das Empire Washingtons zu integrieren.

Putin hofft, dass sich die Interessen der europäischen Länder gegenüber der Willfährigkeit gegenüber Washington durchsetzen werden. Darauf setzt Putin gegenwärtig. Und dies ist auch der Grund, warum sich Putin im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine durch die Provokationen aus Washington nicht aus der Reserve locken ließ. Aber sollte Europa die russische Hoffnung enttäuschen, werden sich Putin und China auf den Krieg vorbereiten, der durch das Streben Washingtons nach Weltherrschaft unvermeidlich geworden ist.

Copyright © 2014 by Paul Craig Roberts

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.